

Sächsische Volkszeitung

erschienen täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Wagnerspreis: Vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgebühren). Bei
außerordentlichem Postanfall, II. Preisungsbefehl, Einzelnummer 10 Pf.
Reaktions-Druckerei: 11-1 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die günstigste Stelle über deren Raum mit
15 Pf. berechnet. Bei Wiederholung dreier oder mehr
Anschlüsse, Redaktionen und Geschäftsstellen: Dresden,
Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher Amt 1 Nr. 1306.

Die Reform der Portotage für Pakete.

In der Budgetkommission des Reichstags ist man bestrebt, das Reich durch höhere Einnahmen von der für die kommenden Jahre drohenden Defizitnot zu befreien. Bereits sind verschiedene Vorschläge gemacht worden; an die Einführung neuer indirekter Steuern ist nicht zu denken. Der Reichstag selbst hat sich durch die beiden neuen Flottensteuern den Weg hierzu vermauert. Das Gebiet der direkten Besteuerung aber muß den Einzelstaaten überlassen bleiben, sonst herrscht bei diesen noch größere Not als im Reich. Der Erhöhung der Champagnersteuer und Vörsensteuer würden wir garnicht unfreundlich gegenüberstehen; aber erstere ist erst neu eingeführt worden, sodas man sie jetzt ausproben muß. Für eine Erhöhung der Vörsensteuer aber ist die Regierung nicht zu haben, denn sie hat ja selber eben in dieser Session dem Reichstage einen Vorschlag unterbreitet, der auf eine Herabsetzung der betreffenden Vörsensteuer hinausläuft. Ein gut Stück Geld für das Reich ist bei den massenhaft entstehenden „Weltbureaus“ zu haben, die riesige Umsätze erzielen und völlig steuerfrei ausgehen. Im Bundesrat sind auch, wie wir hören, bereits Schritte in dieser Richtung geschehen.

Runmehr haben die Zentrumsmitglieder der Budgetkommission eine Reform des Paketpostens angeregt. Der Abgeordnete Sped meint, das die Einnahmen sich noch vermehren würden, wenn das Porto für Pakete (auf weite Strecken) erhöht würde. Das liege im Interesse der Reichsfinanzen wie im sozialpolitischen Interesse, da den großen Versandhäusern der Versand erschwert werde, im Interesse des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Südekum und Singer traten dieser „Mittelstandspolitik“ entgegen, welche den Mittelstand nicht retten würde. Abg. Müller-Gulda führt aus, man möge drei Zonen, etwa zu 20, 40 Pf. und die weitere Zone zu einem erheblich höheren Satze einführen. Wenn nun auch in der Budgetkommission vorerst diese Angelegenheit nicht weiter verfolgt wurde, so ist sie doch so wichtig für das Reich und den Mittelstand, das eine nähere Erörterung angezeigt erscheint. Man wird hierbei finden, das in dieser Richtung noch viel zu geschehen hat.

Die Post kennt bekanntlich 6 Zonen; die erste umfaßt die Entfernung bis zu 10 Meilen, die zweite von 10 bis 20, die dritte von 20 bis 50, die vierte von 50 bis 100, die fünfte von 100 bis 150 und die letzte die größeren Entfernungen. Nun muß doch die Leistung an die Post sich richten nach der Arbeit, welche diese übernimmt; die Arbeit der Post bei der Paketbeförderung aber ist um so höher, je größer das Gewicht der Pakete und je weiter die Entfernung ist. Das höhere Gewicht nun wird jetzt schon mit höherem Portosatz belegt, nicht immer aber die größere Entfernung; die letztere wird nur in Rechnung gebracht, wenn das Gewicht über 5 kg beträgt. Bei allen Paketen bis zu 5 kg ist der Tarif für die erste Zone 25 Pf. und für alle anderen 50 Pf.; die Entfernung ist hier gar nicht in Betracht gezogen. Man kann z. B. ein Paket von 5 kg von Dresden nach Konstanz so billig befördern, wie von

Dresden nach Leipzig. Nur bei schwereren Paketen kommt der zurückgelegte Weg in Betracht; so kostet z. B. ein 15 kg schweres Paket von Dresden nach Leipzig 1,50 Mk., von Dresden nach Konstanz aber 3,50 Mk. Doch fällt es dem Absender gar nicht ein, so schwere Pakete in einem Stück zu versenden; er macht, wenn es irgend angeht, einfach aus den 15 kg 3 Pakete zu je 5 kg und bringt die gesamte Sendung von Dresden nach Konstanz so billig wie von Dresden nach Leipzig, da hier der Einheitstarif von 50 Pf. für Pakete besteht. Die Post selbst wird so indirekt sehr schwer geschädigt, denn es entgehen ihr riesige Einnahmen und sie hat erhöhte Arbeit zu leisten, da die Beförderung von 3 Paketen zu je 5 kg sicherlich mehr Arbeit erfordert als die von einem Paket zu 15 kg.

Dieser Portosatz ermöglicht es aber auch den großen Waren- und Versandhäusern, ihre Arme über ganz Deutschland auszustrecken, und so dem ortsanfässigen Kaufmann und Handwerker schweren Schaden zuzufügen. Eine Abänderung des Portosatzes ist somit ein Gebot der Fürsorge für den Mittelstand, wie es dem Reiche höhere Einnahmen einbringt. Wenn man z. B. für die erste Zone 20 Pf. für das Postpaket läßt, für die zweite vielleicht nur 40 Pf. statt der heutigen 50 Pf. läßt, für die dritte aber 1 Mk. statt 50 Pf., für die 4. 1,50 Mk. statt 50 Pf. usw. einstellt, so würden hiermit dem Reiche wesentlich höhere Einnahmen gesichert; die Post aber für ihre Leistung nur entsprechend entlohnt werden. Der Mittelstand hätte gewiß keinen Schaden, sondern nur Vorteile und Nutzen hiervon. Hand in Hand mit dieser Umgestaltung der Portosätze für die Post müßte eine entsprechende Erhöhung der Tarife auf der Eisenbahn gehen, sonst geht der Postverkehr einfach auf der Eisenbahn über. Niemand wird einer solchen Umgestaltung der Portosätze mit gewichtigen Gründen entgegenzutreten können; da sie nur der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht.

Reichstag.

s. Berlin. 76. Sitzung am 26. April 1904.

Der Reichstag war heute sehr gut besucht; das Abkommen über das internationale Privatrecht wurde angenommen, nachdem Kirch (Ztr.) auch im Handels- und Wechselrecht ein internationales Abkommen gewünscht hatte. Die Vorlage über die Krankenversicherung für Seefahrer wurde in zweiter Lesung unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge angenommen. Dann folgte die erste Lesung des Vörsengesetzes, die Handelsminister Müller mit einer sehr vörsenfreundlichen Rede einleitete. Er gibt einen Überblick über die seitliche Vörsenentwicklung. Gegen das Gesetz von 1896 wehrte sich ein Teil der Geschäftswelt sehr entschieden. Die Einführung eines Zeitgeschäftes im Produktienhandel ist geboten. Der Differenzvertrag wurde in der Mehrzahl von Geschäftslenten erhoben, selbst von Bankiers (hört!). Die Mehrzahl der Kunden aber hat Treu und Glauben gehalten. Das Vörsenregister und das Verbot des Terminhandels sind im Entwurf beibehalten; derselbe soll nur dem Wunsch von Treu und Glauben entgegenwirken. Die Folge dieses Entwurfs wird sein, das das Vörsenregister mehr zur Geltung kommen wird. Wer nichts mit der Börse zu tun hat, soll von dieser fern bleiben. Eine mächtige Börse ist ein politischer Nachteil, den wir nicht entbehren können. Ich bitte, das Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden.

Graf Kanitz (Konf.) Wenn Rückgänge an der Börse stattgefunden haben, so stehen sie nicht mit dem Vörsengesetz in Zusammenhang. Es finden zu wenig Revisionen der Banken statt,

sonst würden die Erträge der Vörsensteuer höher stehen. Die Kurschwankungen sind an der ausländischen Börse größer als bei uns. Die Zusammenfassung des Vörsenausschusses sollte dahin geändert werden, das die Produktienstände mehr berücksichtigt werden. Die Annahme des Entwurfs führt zur völligen Wiedergulassung des Terminhandels. (Sehr richtig!) Ich sage Bravo! Reichsgericht! Das es sich dem Antrium der Börse widersetzt hat. Die Gründe, die zum Verbot des Terminhandels geführt haben, bestehen heute noch fort. Selbst hervorragende Vörsenbändler und Vertreter der Währungsindustrie haben sich sehr abfällig über den Terminhandel ausgesprochen. Man lese Strafbestimmungen in das Vörsengesetz hinein, die sich auf unerlaubte Vörsengeschäfte beziehen. Wenn diese Vörsengeschäfte gut und anständig sind, braucht sich niemand des Eintrags in das Vörsenregister zu schämen. Warum läßt man sich nicht eintragen? Die Berliner Börse selbst aber nannte es „Spieleregister“. Das sind ja eintragen und das soll eine sehr anständige Gesellschaft sein. Das Handelsregister genügt als Ersatz nicht. Den Differenzvertrag verurteile ich auch auf das schärfste; wer diesen erhebt, den soll man aus der Börse ausschließen. Die Börse ist nicht um ihrer selbst willen da, sie hat nicht das alleinige Recht der Preisbildung für die Produkte. Auch die Produktienstände müssen ein Recht haben hier mitzusprechen. Das Vörsengesetz von 1896 ist ein justizministerlicher Fortschritt; seine Aenderung würde ein Rückschritt sein. (Lebhaftes Bravo.)

Geh. Regierungsrat Wendelstein. Die verbündeten Regierungen halten an dem Verbot des Terminhandels fest und ebenso am Vörsenregister; nur einige Mängel sollen beseitigt werden. Das Haus vertagt sich sodann auf morgen 1 Uhr. Wahlprüfungen und Fortsetzung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Die Einführung von Reichstagsabgeordneten soll nach der „Deutschen Tageszeitung“ bevorstehen. Sie will von „unrichtiger Seite“ erfahren haben, das sich der Bundesrat sehr wahrscheinlich „demnächst, wenn auch nicht vielleicht in den nächsten Wochen“, mit der Gewährung von Tagelohn an die Reichstagsabgeordneten befassen werde. Ein konservativer Abgeordneter, der bisher zu „den schärfsten Gegnern der Diätengewährung“ gehörte, macht zugleich in dem genannten Blatte den Vorschlag, für die ersten 60 Plenarsitzungen jeder Session Anwesenheitsgelder je 30 Mk. für die Sitzung zu gewähren. Diese letzte Idee hat sehr viel für sich; mit einer solchen Beschränkung werden die Arbeiten sehr gefördert; aber wir glauben nicht so leicht an die Durchführung des Vorschlages.

— Oberst Dürr. Der Befehlshaber des Marine-Expeditionskorps nach Deutsch-Südwestafrika, Oberst Dürr, der erst vor kurzer Zeit von Deutschland abgereist war, ist bereits wieder auf der Rückreise begriffen und wird in etwa 10 bis 14 Tagen hier eintreffen. Was seine Rückberufung veranlaßt hat, ist noch nicht bekannt geworden. Sollte sie nicht durch eine schwere Erkrankung notwendig geworden sein, dann könnte nur auf eine tiefgehende Disharmonie zwischen dem Obersten Dürr und dem Gouverneur Deutsch-Südwestafrikas geschlossen werden. Die Charaktere der beiden Offiziere werden als sehr verschieden geschildert. Während Deutsch eine ruhige, stille Natur ist, soll Oberst Dürr von temperamentvollster Lebhaftigkeit sein.

— Verstaatlichung der Gruben im Ruhrgebiete. Die Gärung unter den Bergleuten des Ruhrreviers nimmt größeren Umfang an. In mehreren Volksversammlungen wurde eine je dreigliedrige Kommission gewählt, welche in

Ein Geschichtsmärlein über den Anfang des dreißigjährigen Krieges.

Die alte Tuchmacherstadt Braunau in Böhmen ist während den 30 jährigen Krieg zu einer ganz besonderen Verhängnis- heit gelangt; war es doch eine Braunauer Angelegenheit, welche zum Fenstersturz von Prag führte und mit diesem den Stein ins Rollen brachte.

Die herkömmliche Darstellung führte die Erbitterung der Braunauer Protestanten gegen den Abt Wolfgang Selender (1602—1619) darauf zurück, das dieser die protestantische Kirche in Braunau habe sperren lassen.

Noch Bindely, der Geschichtsschreiber des böhmischen Aufstandes und des 30 jährigen Krieges, bringt die Erzählung, das in Braunau die protestantische Kirche gesperrt worden sei.

Die Erzählung entbehrt der tatsächlichen Unterlage. Der um die Erforschung der Lokalgeschichte Braunaus sehr verdiente Benediktiner L. Wintera hat eben das Altenmaterial publiziert in einer geschichtlichen Studie „Braunau und der 30 jährige Krieg“, Sonderabdruck aus dem Jahresbericht des öffentlichen Städtischen-Obergymnasiums der Benediktiner zu Braunau in Böhmen am Schlusse des Schuljahres 1903.

Aus dem vorgelegten Altenmaterial ergibt sich die Tatsache, das die protestantische Kirche in Braunau überhaupt nie geschlossen worden ist, weder im Jahre 1614, noch 1618, und das der Abt Wolfgang Selender sie niemals hat schließen lassen. Wohl hat der Kaiser Matthias im August 1611 den strengen Befehl nach Braunau geschickt, den Kirchenbau, der eben damals im Werke war, einzustellen; aber die revolutionäre Partei setzte sich über das kaiserliche Mandat hinweg, und der Kaiser trug Bedenken, gewaltsam vorzugehen, um die ohnehin aufs äußerste erregten Gemüter nicht noch mehr zu erregen. So wurde die Kirche vollendet und blieb in den Händen der Protestanten, ohne das sie von 1613, der Zeit ihrer Vollendung, bis zum Sieg der katholischen Sache auch nur einen Augenblick gesperrt worden wäre.

Das die Katholiken von Braunau eine Duldsamkeit an den Tag legten, wie sie die protestantischen Territorien

damals so wenig kannten wie heute, zeigt am besten der Umstand, das auch nach der Schlacht am Weißen Berge die protestantische Gemeinde fortbestehen konnte.

„Es ist ganz unwahr, wenn behauptet wird, in Braunau wären die Protestanten gleich nach der Schlacht am Weißen Berge entweder zum Katholizismus gezwungen worden, oder sie wären ausgewandert. Sie mußten nur die Pfarrkirche und den Magisterrat räumen, aber als „protestantische Gemeinde“ bestanden sie noch immer weiter, auch gebrauchten sie ungehindert das Kirchenlein, das sie sich erbaut hatten, ja sogar der 1618 verwiesene Prädikant Wittner verblieb auch nach der Einführung der Benediktiner in Braunau und machte für die Augsburger Konfession ziemlich tüchtige Propaganda“ (S. 44).

Wann wird das Märlein von der Braunauer Kirchen- spernung aus gewissen Geschichtsbüchern verschwinden? Zwar schreibt Wintera:

„Wir stellen an der Hand der gegebenen Beweise die öffentliche ernste Bitte, das die literarische Welt den Irrtum Bindelys ausmerze und den so wichtigen Umstand einer Braunauer Sperrung, welche tatsächlich weder 1614 noch 1618 vorgenommen worden ist, der Wahrheit gemäß richtig stelle“ (S. 23).

Aber gewisse Leute würden mit der Darlegung der alten Darstellung das Material verlieren, mit dem sie bisher so fleißig in Entrüstung gemacht haben, als das sie von der Nichtgestellung der Sache mit besonderem Eifer Notiz nehmen würden.

Gelingt die preussische Germanisation der Polen?

Die „Allpolnische Rundschau“ veröffentlicht in einem ihrer letzten Hefte eine umfassende Arbeit, die sich mit der Verantwortung der Frage befaßt, ob man in Preußen von einer „Verpolung“ oder „Eindeutschung“ sprechen kann? Es wird zunächst bemerkt, das es im Jahre 1861 mehr Polen in Preußen gab, als damals die erste Nationalitätenstatistik angab, weil man das Gefinde deutscher Familien deutsch zählte und namentlich die Polen in der „Fremde“ nicht als Polen eintrug. Weiter ist es ein Irrtum, die

Zahl der zweisprachigen Personen aus den Statistiken von 1890 und 1900 zur Hälfte den Deutschen, zur andern Hälfte den Polen zuzuzählen; richtiger scheint, die größere Hälfte hiervon als Polen zu betrachten. Es werden, wenn die Zweisprachigen in gleiche Hälften geteilt sind, gezählt für ganz Preußen 1861: 18 491 220 Deutsche, 2 266 042 Polen, 1890: 29 792 562 Deutsche, 2 977 951 Polen, 1900: 34 472 509 Deutsche, 3 394 133 Polen. Aus diesen Ziffern folgert der polnische Verfasser, das der Zuwachs an polnischer Bevölkerung in den letzten Jahren größer war als früher. In den Regierungsbezirken Posen, Bromberg und Marienwerder, wo die Polen geschlossen sitzen, nehmen sie zu, die Deutschen aber ab. Nur in Oberschlesien nahm das Polentum im Verhältnis zum Deutschtum weniger zu; die Vermehrung der Deutschen war aber dort im letzten Jahrzehnt ganz ungewöhnlich stark. Die natürliche Zunahme bei den Polen ist erheblich stärker (45,8) als bei den Deutschen (35,9). Daran gemessen müßte auch die tatsächliche Zunahme der Polen stärker sein. Es ist nicht richtig, Abwanderung oder Eindeutschung allein als Ursachen der geringeren Zunahme der Polen hinzustellen; auch die Kindersterblichkeit ist sehr groß. Zutreffend ist, das die polnische Abwanderung erheblich ist, ihr steht aber auch eine polnische Rückwanderung gegenüber. Es wird nun angenommen, das 70 000 katholische und 7000 evangelische Polen im Jahrzehnt „eingedeutscht“ worden seien, 3 bezw. 12% der Gesamtsumme. Trotzdem glaubt man auf die vollständige „Verpolung“ der Regierungsbezirke Posen, Bromberg und Marienwerder hoffen zu dürfen, weil dort die Deutschen in steigender Zahl abwandern. Dagegen sei überall, wo die Polen zerstreut in der Diaspora leben, eine teilweise Entnationalisierung nicht zu verhindern; am geringsten ist diese Gefahr jedenfalls in Westfalen und den Rheinländern, wo die Polen bereits in Massen leben. Die deutsche „Neue Posen. Ztg.“ bemerkt dazu: „Mit dieser Darstellung kann man sich im ganzen einverstanden erklären, namentlich auch hinsichtlich der Meinung, das nur wenig Polen eingedeutscht werden und das die Landflucht der Deutschen aus der Provinz Posen immer größeren Umfang annimmt.“